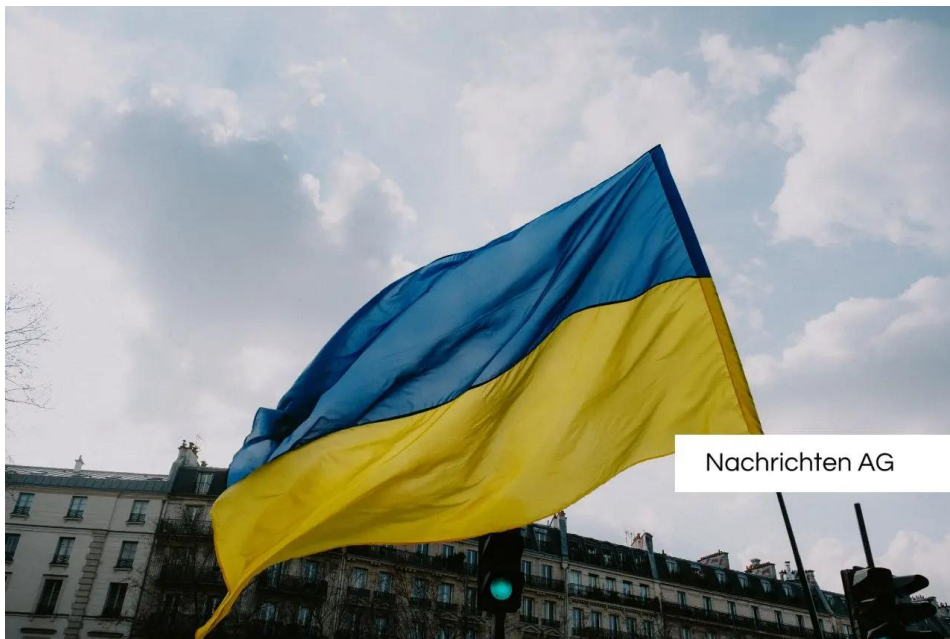


FDP wagt neuen Anlauf: Migrationspakt der Mitte vor der Wahl!

Am 4. Februar 2025 im Bundestag: Die FDP strebt einen „Migrationspakt der Mitte“ an, während CDU und AfD kooperieren.



Inmitten der aktuellen Debatten zur Migrationspolitik unternimmt die FDP einen neuen Versuch für eine Einigung, die vor der bevorstehenden Bundestagswahl entscheidend sein könnte. Der FDP-Fraktionschef Christian Dürr präsentierte einen Vorschlag für einen „Migrationspakt der Mitte“, der die Überführung des gescheiterten Zustrombegrenzungsgesetzes in die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zum Ziel hat. Dieser Vorschlag zielt darauf ab, die Zusammenarbeit innerhalb der demokratischen Mitte zu betonen und beide Gesetze am letzten Sitzungstag vor der Wahl mit den entsprechenden Stimmen zu beschließen. radioeuskirchen.de berichtet, dass die FDP-Fraktion ein „inhaltlich unstrittiges Gesamtpaket“ sieht und eine Sondersitzung des

Innenausschusses plant.

Die Diskussion wird vor dem Hintergrund eines kürzlich im Bundestag angenommenen Antrags der Union zur Verschärfung der Migrationspolitik geführt. Dieser Antrag forderte umfassende Zurückweisungen von Asylsuchenden an den deutschen Grenzen. Die Zustimmung zur Mehrheit kam durch die Stimmen von AfD und FDP zustande, wobei insgesamt 348 Abgeordnete diesen Antrag unterstützten. Auffällig ist auch, dass ein zweiter Antrag der Union mit weitergehenden Reformvorschlägen abgelehnt wurde, was die Polarisierung innerhalb des Parlaments verdeutlicht. Am kommenden Freitag steht nun eine Abstimmung über ein gesetzliches Maßnahmenpaket bevor, das den Familiennachzug für Geflüchtete mit eingeschränktem Schutzstatus beenden möchte. **tagesschau.de** hebt hervor, dass vor allem die SPD verfassungsrechtliche Bedenken äußert, insbesondere in Bezug auf die Aussetzung des Familiennachzugs.

Reaktionen und politische Implikationen

Die politischen Reaktionen auf aktuelle Entwicklungen sind gespalten. CDU-Chef Friedrich Merz, dessen Fünf-Punkte-Plan nur mit AfD-Stimmen eine Mehrheit erhielt, sieht sich vorgeworfen, eine Brücke zur extremen Rechten zu bauen. Er betonte jedoch, dass solche Abstimmungen mit der AfD sich nicht wiederholen sollen und betrachtet dies als Ausnahme aufgrund der fehlenden Regierungsmehrheit. Merz zeigte sich optimistisch, dass Union und SPD nach der Wahl in der Migrationspolitik wieder zusammenarbeiten können.

Zusätzlich äußerte CDU-Bundesvize Karin Prien den Wunsch nach einer Verständigung der demokratischen Parteien, um eine stabile Regierung nach der Wahl zu ermöglichen. Die Umfragen deuten darauf hin, dass die gemeinsamen Abstimmungen von CDU/CSU und der AfD der Union nicht geschadet haben; sie bleibt bei 30 Prozent, während die AfD mit 22 Prozent die zweitstärkste Kraft bleibt. Die SPD und die Grünen haben leicht

steigende Umfragewerte erzielt, bei 16 und 13 Prozent.

Strategische Fragestellungen

Die Union fordert eine „grundsätzliche Wende in der Migrationspolitik“ und plant Maßnahmen wie ein faktisches Aufnahmestopp und den Stopp des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte. Des Weiteren soll der Zugang zum deutschen Sozialstaat für neue Flüchtlinge aus der Ukraine eingeschränkt werden. Die Grünen hingegen setzen auf eine Öffnung legaler Migrationswege und eine bessere Integration. Sie fordern eine schnellere Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen sowie Verbesserungen in der Integrationspolitik.

In der Debatte wird auch die Rolle der Bundespolizei in Rückführungen und die Ausweitung ihrer Befugnisse thematisiert. Die CDU plant zudem, europäische Regeln zu ändern, um Asylverfahren außerhalb der EU abzuwickeln und will, dass Menschen in „sicheren Drittstaaten“ Schutz finden können. **br.de** erläutert, dass diese Positionierungen als Bruch mit der Merkel-Ära dargestellt werden und den Weg für eine restriktivere Migrationspolitik ebnen könnten.

Die kommenden Wochen werden entscheidend sein. Die FDP, die laut aktuellen Umfragen bei 4,5 Prozent verharrt und knapp den Wiedereinzug in den Bundestag verpassen könnte, kämpft um ihre politische Relevanz. Die Art und Weise, wie die Parteien in den letzten Tagen und Wochen der Legislaturperiode zusammenarbeiten oder Konflikte austragen, könnte erheblichen Einfluss auf die Bundestagswahl und die künftige Migrationspolitik in Deutschland haben.

Details

Quellen

- www.radioeuskirchen.de
- www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net